

BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE WOCHE

Referat Vizekanzler Dr. Hannes ANDROSCH
Bundesminister für Finanzen

Wien, 22. Oktober 1976

KONZEPTE EINER KONFTIGEN FINANZ- UND STEUERPOLITIK IN ÖSTERREICH

Meine Damen und Herren!

Der Prozeß weltwirtschaftlicher Veränderungen, den wir derzeit erleben, ist auch nach Ende des schwersten Konjunkturrückschlags seit 1945 nicht abgeschlossen. Die Ursachen, die in eingeleitet haben und die in der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts das weltwirtschaftliche Gefüge erschütterten, sind bekannt. Erlauben Sie mir trotzdem, daß ich hier an einige erinnere:

o Dynamischer weltwirtschaftlicher Fortschritt, verbunden mit wachsender Verwertung von Materie und Energie haben Grenzen bloßgelegt, die Jahrhunderte von der Menschheit geleugnet wurden. Plötzlich ist deutlich geworden, daß die Natur weder unbegrenzt belastbar ist, noch als unerschöpfliches Reservoir behandelt werden darf.

o Die alte Weltwährungsordnung von Bretton Woods der festen Wechselkurse wurde durch die neue Ordnung des "kontrollierten Floatens" abgelöst.

o Die Entwicklungsländer verlangen eine neue, vor allem gerechtere Weltwirtschaftsordnung, die die wachsende Einkommenskluft zwischen reichen und armen Staaten verringert.

o Enorm gestiegene Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise, verteuerte Energie, vor allem vervierfachte Erdölkosten, haben zu einer weltweiten Beschleunigung der Inflation geführt.

Weltweite Rohstoffpreiserhöhungen, der Zusammenbruch der Weltwährungsordnung und die durch vermehrte Liquidität beschleunigte Inflation, mündeten schließlich in einer Weltrezession, deren Ausmaß in den Sechzigerjahren von den Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspraktikern kaum für möglich gehalten wurde. Die Instrumente der modernen Nationalökonomie schienen so verbessert, daß allgemein der Glaube an die Machbarkeit der Konjunktur gegeben war. Systemimmanente Konjunkturschwankungen werden zwar nicht zu vermeiden sein, ihre Oszillationen aber keinen dramatischen Verlauf nehmen.

Die zurückliegenden Jahre erschütterten zeitweise den unbedingten Glauben an die Wirksamkeit nationalökonomischer Therapien. Empirisch steht allerdings, daß überall dort, wo in Erinnerung der

ökonomischen und politischen Fehler während der Wirtschaftskrise der Dreißigerjahre die Bereitschaft gegeben war, die gegebenen Möglichkeiten zur Konjunkturbelebung auszunützen, die Auswirkungen der Rezession in Grenzen gehalten werden konnten. Ein fest geknüpftes Netz sozialer Sicherheiten hat darüber hinaus den Absturz in menschliche Not verhindert, wie wir sie auch in diesem Land aus den Dreißigerjahren noch in Erinnerung haben.

Die ökonomischen Daten der Jahre 1974 - 1976 reihen Österreich in die Gruppe jener Länder, die mit der Rezession am besten fertig geworden sind. Ein Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Menschen in diesem Land und einer konsequenten, auf die Erhaltung der Arbeitsplätze und des sozialen Friedens ausgerichteten Politik.

Ich sehe daher auch keinen Grund, warum ^{wir} auf diese in aller Welt anerkannten Leistungen, nicht gemeinsam auch etwas stolz sein können. Österreich ist wieder was in der Welt, österreichische Waren und Leistungen kennt man überall und anerkennt man überall, die österreichische Währung zählt zu den härtesten der Welt, die Fälle, wo Austria mit Australien verwechselt wurde, sind Ausnahme geworden.

M. ...

Erlauben Sie, daß ich in diesem Zusammenhang Prof. Dr. Kausel zitiere. Er stellt in einer Untersuchung fest:

"Unter allen europäischen Industriestaaten hat Österreich seit 1970 die weitaus größten ökonomischen Fortschritte aufzuweisen. Der ehemals bedeutende nominelle Vorsprung der 9 EG-Länder vor Österreich im Pro-Kopf-Produkt sank von 28 % im Jahr 1970 auf zuletzt bloße 4 % im Jahr 1975. Im gleichen Zeitraum verwandelte sich der Vorsprung OECD-Europas von 9 % im Jahr 1970 sogar in einen Rückstand von 11 % zugunsten Österreichs im Jahr 1975. Der Einkommensvorsprung des gesamten OECD-Raums (einschließlich USA, Japan, Kanada und Australien) schrumpfte noch dramatischer, nämlich von 51 % (1970) auf 6 % (1975). Österreich hat dadurch mit der westlichen Welt de facto gleichgezogen."

Es gilt festzuhalten, daß dieser Prozeß ständigen Abbaus des Leistungsgefälles zwischen Österreich und den westeuropäischen Industriestaaten auch während der Jahre der Rezession fortgesetzt werden konnte.

Ein 3-Jahresvergleich der Industriestaaten bringt folgendes Ergebnis:

Beständigkeit. Die Zahl der Konkurse ist im Steigen, auch die Nachlaßstundungen nehmen noch zu, gleichzeitig zeigt sich ein scharfer Rückgang der Investitionstätigkeit. Es ist daher nicht überraschend, daß verschiedentlich von einer Ankurbelung der Binnenkonjunktur durch staatliche Maßnahmen gesprochen wird.

In den USA zeigen die Konjunkturindikatoren nach ununterbrochener siebzehnmonatiger Expansion eine Sommerlethargie, wobei man jedoch starke Hoffnungen hat, daß bald wieder eine expansive Phase anschließen wird.

Die BRD steht jetzt nach geschlagener Wahl vor zwei großen Problemen, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer, sowie die Lösung der finanziellen Lage der gesetzlichen Pensionsversicherung. ~~Hebe der Energieproblematik, die sich in Deutschland aufgrund der Schwierigkeiten mit dem Atomstrom verschärft darstellt, steht noch immer das Problem des DM-Kurses im Raum.~~

Trotz bevorstehender Wahlen im Frühjahr spiegeln sich auch im kommenden holländischen Budget die Schwierigkeiten wider. Für die Arbeiter ist nur ein realer Einkommenszuwachs um 1,5 % vorgesehen, allerdings dürfte auch im kommenden Jahr die Zahl der Arbeitslosen

- 230.000 - nicht zu vermindern sein. Als Beitrag der Regierung zur Inflationsbekämpfung soll der jährliche Anstieg der öffentlichen Abgabenlast bis 1980 unter einem Prozent des Nationaleinkommens bleiben. Im kommenden Jahr soll dieser Anstieg sogar auf 0,5 % begrenzt bleiben, da die für den Herbst dieses Jahres geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % durch eine Ermäßigung der Sozialversicherungsprämien aufgewogen wird.

Die belgische Regierung sieht sich derzeit großen Protesten angesichts ihrer im Juli beschlossenen Sparmaßnahmen gegenüber. Obst- und Gemüsepreise werden drei Monate lang bei der Berechnung des Preisindex nicht berücksichtigt, um eine inflationäre Erhöhung der Löhne zu verhindern. Für Sport- und Kulturveranstaltungen wurden Subventionen gestrichen, für die Ausbildungsgänge bestimmter Lehrer und medizinischer Hilfsberufe ein "numerus clausus" eingeführt.

Italien hat Sparmaßnahmen angekündigt, die neben einer Erhöhung des Benzinpreises auch eine Einschränkung gesetzlicher Feiertage und damit der Möglichkeit eines langen Wochenendes vorsehen. Durch eine Erhöhung des Diskontsatzes von 12 auf 15 % belaufen sich die

Zinskosten nun auf 20 bis 23 %. Weiters ist eine Erhöhung der Bahn- und Posttarife wie auch der Stromtarife sowie städtischer Verkehrstarife vorgesehen.

Die spanische Regierung hat neben einem allgemeinen Preisstop eine Verkürzung der Fernsehzeit und auch Maßnahmen zur Eindämmung des Benzinverbrauchs bekanntgegeben. Portugal führte drastische Steuern auf Luxusgüter sowie eine 30 %-ige Importabgabe ein.

In Paris hat die Regierung ein Sparprogramm vorgelegt, das gezielte Maßnahmen zur Senkung des Erdölverbrauchs vorsieht sowie eine Erhöhung der Automobilsteuer. Als Sofortmaßnahme wird ein Preisstop bis Ende des Jahres verfügt, gleichzeitig sollen die Lohnerhöhungen das Ausmaß der vorgesehenen Preissteigerung von 6,5 % nicht übertreffen. Während bei den zukünftigen Steuermaßnahmen die unteren Einkommensstufen eine Vorzugsbehandlung erfahren sollen, werden die hohen Einkommen stärker belastet. Der hohe Fehlbetrag bei der Sozialversicherung soll zu einem kleinen Teil durch Einsparungen, zum überwiegenden Teil jedoch durch eine Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge sowie durch öffentliche Zuschüsse hereingebracht werden .

Besonders auffällig ist, daß bisher die Produktionszunahme, insbesondere in der Konsumgüterindustrie, auf die Arbeitslosenzahlen keine nennenswerten Auswirkungen hatte. Die Arbeitsmarktlage hat sich international nur maginal verbessert. Auch in der nächsten Zukunft kann lediglich mit einem langsameren Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. So schätzt die OECD, daß die Arbeitslosenrate im gesamten OECD-Raum von derzeit etwa 5 % bis Mitte 1977 nur auf etwa 4 1/2 % zurückgehen werde. In der deutschen Stahlindustrie wird verstärkt wieder Kurzarbeit eingeführt.

Der Außenhandel zeigte eine unerwartet hohe Zunahme, der Welthandel expandiert wesentlich kräftiger als angenommen. Wertmäßig expandierten die Exporte und Importe in den meisten Industrieländern sehr stark, mengenmäßig ist das Bild wesentlich differenzierter, wobei Japan mit einer mengenmäßigen Zunahme der Exporte um 24 % im 1. Quartal 1976 einen internationalen Rekordwert erreichte.

International hat sich der Preisanstieg für Konsumgüter im 2. Quartal 1976 abermals verlangsamt. Die Schweiz verzeichnete in diesem Zeitraum mit 1,5 % die niedrigste, Italien und Großbritannien mit je ca. 16 % die höchste Inflationsrate. Betrachtet man die Entwicklung insbesondere der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise, so ist jedoch ein sich verstärkender Anstieg des Preisniveaus zu befürchten.

Eine Unbekannte, welche den weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung entscheidend beeinflussen wird, ist das Verhalten der OPEC-Länder hinsichtlich der Preisgestaltung von Rohöl. Die Anzeichen lassen eine Erhöhung im Dezember nicht unwahrscheinlich erscheinen. Die verstärkte Nachfrage nach Erdöl im Gefolge der Konjunkturbelebung ließ die gesamte OECD-Produktion im ersten Halbjahr 1976 um 8 % im

Vergleich zu den ersten sechs Monaten 1975 ansteigen. In Saudiarabien, das die größten Produktionseinschränkungen in der Rezession auf sich nahm, betrug die Zunahme fast 20 Prozent. Seit kurzem werden von Libyen und Nigeria Aufschläge von 15 - 25 Cents pro Barrel für leichtes Erdöl berechnet.

Eine allzu starke Erhöhung des Erdölpreises könnte den Aufschwung abwürgen und die Zahlungsbilanzprobleme unerträglich verschärfen. Die Gleichgewichtsstörungen der Zahlungsbilanzen der Industrieländer hatten im Verlauf der Rezession im Jahr 1975 kurzfristig nachgelassen, doch wird das Leistungsbilanzdefizit der OECD sich auch im ersten Halbjahr 1977 auf Jahresbasis umgelegt in der Größenordnung der für 1976 veranschlagten 20 Mrd \$ bewegen. Die Überschüsse der OPEC-Länder werden sich um rund 10 Mrd \$ auf 50 Mrd \$ im Jahr 1976 erhöhen. Die Hauptlast der ölpreisbedingten Zahlungsbilanzschwierigkeiten konzentriert sich jedoch auf die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer, deren Defizit der laufenden Zahlungsbilanz von durchschnittlich 6 Mrd \$ im Jahresdurchschnitt 1968 - 1973 auf 35 Mrd \$ im Jahr 1975 anstieg, ohne daß ein Absinken des Defizits abzusehen ist.

Oberhaupt dürfte das Problem der wachsenden Schwierigkeiten der Entwicklungsländer zu einem zentralen Thema der weltpolitischen, und damit weltwirtschaftlichen Szenerie der nächsten Jahre werden.

Der Dialog zwischen Industrieländern und den Staaten der Dritten und Vierten Welt ist zwar in den verschiedensten internationalen Gremien in Gang gekommen (UNCTAD, UNO, der eigentliche "Nord-Süd-Dialog", Währungsfonds), doch scheint eine Reform der Weltwirtschaft noch in weiterer Ferne zu liegen, ja selbst die Ansätze für konkrete erste Schritte zu einer solchen sind nur sporadisch zu erkennen. Noch stehen sich die Besitzenden und die "Have-nots" in ihren Konzepten und geistigen Grundlagen unversöhnlich gegenüber. Das liegt nicht nur an den unrealistischen Forderungen mancher Entwicklungsländer, die mehr von ideologischer Verhärtung als von ökonomischer Argumentation bestimmt sind, sondern auch an den von manchen Industrieländern ins Auge gefaßten Maßnahmen, die sich am längst als überholt erwiesenen wirtschaftlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts orientieren.

Zur weltweiten Verringerung der Unsicherheit und der Störgrößen im Wirtschaftsablauf wird eine Lösung gefunden werden müssen, und zwar bald, welche den Entwicklungsländern eine Erleichterung ihrer prekären Lage bringt. Der auf vielen Ebenen geführte Dialog hat insofern eine Aufweichung der Extremposition herbeigeführt, als die Industrieländer anerkannten, daß eine Form der Rohstofflerlösstabilisierung nötig sein wird, welche zwar nicht in Form einer Indexierung durchgeführt wird, aber trotzdem die abrupten Schwankungen der Einnahmen vieler Entwicklungsländer aus Rohstoffexporten mildert.

Aber auch die Entwicklungsländer werden manche ihrer Positionen überprüfen müssen. Ich erinnere hier an die Kritik der Weltbank, daß der Ausbau der Landwirtschaft allzu häufig zugunsten der Industrie vernachlässigt werde. Meist fehlt die materielle und immaterielle Infrastruktur, welche die Anwendung der Technologie erst wirksam werden läßt. Statt einer Erhöhung der Rohstoffpreise sollte daher eine langfristige Einkommenssicherung angestrebt werden, was wiederum als Voraussetzung eine höhere Produktivität in den Entwicklungsländern, höhere Pro-Kopf-Einkommen, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten sowie eine verstärkte Gerechtigkeit bei der Verteilung der Wachstumserträge inkludiert.

2) Österreich: steigender Anteil am Weltmarkt

Die Lage der österreichischen Wirtschaft entwickelte sich, was die Produktionsziffern betrifft, parallel zu der in den übrigen europäischen Industriestaaten. Der wesentliche Unterschied zur wirtschaftlichen Entwicklung der Haupthandelspartner besteht in der Tiefe des Einbruches (viele Industriestaaten hatten bereits 1974 niedrige oder negative Wachstumsraten zu verzeichnen, Österreichs Bruttonationalprodukt nahm 1974 noch um 4,1 Prozent zu) und vor allem in den Erfolgen auf dem Arbeitsmarktsektor.

In Österreich, meine Damen und Herren, wird der bereits im letzten Quartal 1975 einsetzende positive Konjunkturverlauf auch 1977 anhalten. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung erstellt folgende Prognose:

Die Wirtschaft wird real um 5 % wachsen.

Dies wird es ermöglichen, weitere 20.000 bis 30.000 heimische Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß aufzunehmen und eine neuerliche Erhöhung des derzeitigen Rekordbeschäftigtenstandes von 2,744 Mio zur Folge haben.

Die Arbeitslosenrate wird mit 2 % auch im kommenden Jahr ihren niedrigen Wert beibehalten und zu einer der niedrigsten in den Industriestaaten der Welt zählen.

Der Preisauftrieb wird weiter zurückgehen. Ein entsprechendes Preisverhalten der Unternehmer vorausgesetzt sowie ein entsprechendes Ergebnis in den nächsten Lohnrunden lassen eine durchschnittliche Verbraucherpreissteigerung für das Jahr 1977 bei einem Wert von 6 % als durchaus realistisch erscheinen.

Der private Konsum dürfte weiterhin auch real wachsen, bei den Brutto-Anlageinvestitionen wird mit einer Verdoppelung der Zuwachsrates gerechnet.

Meine Damen und Herren!

Die Bedeutung des Staatshaushaltes für die Qualität unserer ökonomischen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung ist den Jahren der Rezession besonders deutlich geworden. Es ist unschwer zu belegen, daß das Bundesbudget die Hauptlast der Konjunkturpolitik getragen hat. Die Konsequenz ist ein wesentliches Ansteigen der Staatsverschuldung.

Ich werde auf die Frage der Staatsverschuldung noch zurückkommen, erlaub mir aber vorher auf einige andere Aspekte in diesem Zusammenhang zu verweisen.

Die Anforderungen an den Staat, also an den Staatshaushalt wachsen.

Staat muß nicht nur den öffentlichen
Der Staatshaushalt ist nicht nur zum Austragungsort öffentlicher Bedürfnisse geworden, sondern muß Leistungen zur Befriedigung privater Bedürfnisse erbringen. Ich erinnere nur an den Zusammenhang Auto - Straße. Es liegt in der Natur des Menschen, daß er seine Bedürfnisse immer wieder neu definiert und, daß frühere Wünsche plötzlich zu Notwendigkeiten werden, deren Erfüllung dem Staat zufällt oder für

die er zumindest die entsprechenden Voraussetzungen schaffen muß.

Das ungelöste Problem öffentlicher Haushalte besteht allerdings darin, daß die Diskrepanz zwischen einem ständig wachsenden Angebot öffentlicher Leistungen - Krankenhäuser, Umwelt, soziale und öffentliche Sicherheit usw. - und der Bereitschaft die entstehenden Kosten mitzutragen, ständig größer wird.

In einer wachsenden Wirtschaft mit Realeinkommenssteigerungen wäre ein steigender Staatsanteil zu erwarten.

Erhöhungen der realen Einkommen wirken aber auch auf die Nachfragestruktur von Staatsbürgern und Institutionen. Die Differenzierung der Bedürfnisse läßt im allgemeinen die Nachfrage nach Dienstleistungen stärker ansteigen als die Nachfrage nach Gütern. Dies gilt nicht nur für private, sondern auch für öffentliche Dienstleistungen. Dazu kommt, daß die Inanspruchnahme von "privaten Gütern" zunehmend das Vorhandensein so komplementärer materieller und immaterieller Infrastruktur voraussetzt.

Die aus der realen Einkommenssteigerung resultierende größere Freiheit, seine Nachfrage an die individuelle Bedarfsstruktur

anpassen zu können, mit anderen Worten die geringere relative Bedeutung des Anteils der Ausgaben für lebensnotwendige Güter, eine ebenfalls sozial bedingte Größe, äußert sich insbesondere in größerer Mobilität.

Gerade diese Mobilität zieht aber ein erhöhtes Infrastrukturanangebot nach sich bzw. hat es zur Voraussetzung. Der Kauf des privaten Gutes "Auto" setzt das Vorhandensein von Straßen, Autobahnen, Abstellflächen usw. voraus, die Konsumation des privaten Gutes "Urlaub" das Vorhandensein von Erholungsräumen, reinen Seen, Abwasserbeseitigungsanlagen, die vermehrte Nachfrage nach Bildung den Ausbau von Schulen, die Nachfrage nach modernster, effizienter Gesundheitsbetreuung die Errichtung und den Ausbau technisch hochwertig ausgestatteter Krankenhäuser voraus. Aus dieser demonstrativen Aufzählung von Beispielen ist die Komplementärfunktion eines großen Teils der Staatsausgaben eindeutig erkennbar.

Im privaten Sektor kann die Güterproduktion rationalisiert und entsprechend kostengünstig gestaltet werden, technischer Fortschritt wirkt sich vor allem arbeitssparend aus. Dies gilt aber nicht für den Dienstleistungssektor, seien es nun private oder öffentliche

Dienstleistungen. Die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung bei gleich hohem Lohnniveau führt zu disparaten Preisentwicklungen. Im öffentlichen Sektor tritt dazu noch das Phänomen auf, daß technischer Fortschritt sowohl höhere Kapitalausstattung, als auch höheren Personaleinsatz und Personalaufwand bewirkt. Die Fortschritte in der Gesundheitsbetreuung erfordern zum Beispiel komplizierte Apparaturen, welche nur von hochqualifiziertem Personal bedient werden können, das auch entsprechend bezahlt werden muß.

Wenn z.B. in einem Krankenhaus eine Intensivstation nach modernsten medizinisch - technischen Anforderungen und Möglichkeiten gebaut, verursacht diese sehr teure Investition gleichzeitig die Einstellung von zusätzlichen hochqualifizierten Personal und wird dadurch zum Verursacher wachsender Kosten.

Die Preise für öffentliche Dienstleistungen steigen daher stärker als im Produktionssektor. Allerdings schlägt sich diese Entwicklung keineswegs in einer steigenden Steuerquote nieder. So ist z.B. in Österreich die Steuerbelastungsquote, gemessen am Bruttonationalprodukt, trotz beträchtlich gestiegener Einkommen während der letzten 10 Jahre in etwa gleich geblieben.

Erlauben Sie in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zur Steuer-

belastung.

Das Argument, eine Einkommensteuersenkung sei vorzunehmen, "weil immer mehr Steuerzahler in Progressionsbereiche vorstoßen, die eigentlich nie für sie gedacht waren", berücksichtigt nicht die realen Einkommenssteigerungen. Wenn schon Vergleiche über die prozentuelle Belastung mit Steuern durchgeführt werde, dann sollte man auch vergleichbare Größen zueinander in Beziehung stellen. Man müßte also die Belastung vergleichbarer realer Einkommen vergleichen.

Die psychologischen Widerstände gegen die notwendigen Einnahmensteigerungen nehmen allerdings beträchtlich zu. Ein Grund dafür ist sicherlich die Messung der Steuerbelastung an den Marginalsätzen und nicht an der Durchschnittsbelastung - so beträgt der Anteil der Lohnsteuer an der Lohn- und Gehaltssumme lediglich
Weiters sehen die Gesetze ja eine größere Anzahl von "tax exemptions" vor, die aus Gründen der sozialen Differenzierung, als Anreiz zur Investition bzw. zur Erhöhung der Eigenkapitalausstattung durch Kapitalakkumulation in den Betrieben gegeben wurden.

Bei den sozusagen "nicht etikettierten" Steuereinnahmen ist der direkte Konnex zwischen Preis und Leistung nicht offensichtlich erkennbar. Der logische Zusammenhang geht in der Anonymität des "Steuertopfes" unter.

Unter dem Gesichtspunkt der Lastverteilung dürfte es für die überwiegende Mehrheit der Steuerzahler einsichtig sein, jene öffentlichen Leistungen, die für den öffentlichen Sektor mit Kosten verbunden sind und beim empfangenden Wirtschaftssubjekt den Charakter eines imputs für den Konsumtions- oder Produktionsprozeß annehmen, durch direkte Beiträge zum Aufwand zu finanzieren. Daß die Kostenbeteiligung sozial zu differenzieren ist, ist selbstverständlich. Dies kann gezielt durch Subjektförderung bzw. über Transfers geschehen.

Für die Kalkulation von Gebühren und Beiträgen kann nur der betriebswirtschaftliche Kostenbegriff zugrunde gelegt werden. Denn eine Kalkulation etwa zu Grenzkosten würde gemäß der Art der erstellten Leistung weitgehend Nulltarife bedingen. Die Investitionskosten müßten von der Allgemeinheit über die Steuern aufgebracht werden. Auf die Information über Präferenzen zu verzichten wäre aber ineffizient, für langfristige Entscheidungen sollten die Wertungen der Leistungsempfänger bekannt sein. Durchschnittskostendeckende Gebühren erfüllen diese Anforderung effizient und sparsam.

Meine Damen und Herren!

Der österreichische Kapitalmarkt ist größer geworden. Der Anleihemarkt mit den Bundesobligationen als größter Teilmarkt erreichte Ende 1975 ein Umlaufvolumen von 90 Mrd S. Das Finanzierungsvolumen ist enorm gestiegen. Das Nettoemissionsvolumen stieg von 4 Mrd S des Jahres 1971 auf über 25 Mrd S im laufenden Jahr.

Hand in Hand mit der Vergrößerung des Kapitalmarkts muß die Entwicklung und Zunahme der Geldkapitalbildung gesehen werden, die wiederum zu einem sehr wesentlichen Teil von der Entwicklung der Spareinlagen konditioniert wird. Lagen die Spareinlagenzuwächse zwischen 1961 und 1970 bei rd. 15 % pro Jahr und sind selbst in den Hochkonjunkturjahren bis 1973 nicht zurückgegangen, so sind sie 1975 und 1976 weiter stark angestiegen.

Seit Anfang der Siebzigerjahre hat sich die Geldkapitalbildung konstant entwickelt. Das Jahr 1975 - und dies ist wiederum Ausdruck und Folge der schwersten Rezession - brachte eine übermäßige Zunahme an Nettogeldkapitalbildung von 46 Mrd S auf 69 Mrd S (also eine Steigerung um rd. 50 %). Für 1976 wird eine Zunahme auf

76 Mrd S geschätzt, die Zahlen für 1977 werden bei 80 Mrd S liegen.

Die Investitionen des Bundes müssen damit im Zusammenhang gesehen werden.

Betrugen die öffentlichen Investitionen 1970 rd. 10 Mrd S, so werden sie Ende 1976 22,7 Mrd S steigen.

Mit anderen Worten: Beanspruchte die öffentliche Hand (Bund) über das Nettodefizit 1970 nur 7,4 % der Nettogeldkapitalbildung, so waren es 1975 bereits 42,7 % und wird 1976 fast 45 % betragen. Diese öffentliche Verwendung wird noch steigen, wo doch im zunehmenden Maß kapitalintensive Finanzierungsaufgaben auf uns zukommen.

Gerade das Rezessionsjahr 1975 hat die Bedeutung des öffentlichen Kredits nicht nur für die Erhaltung der Arbeitsplätze durch direkte Kredite gezeigt, sondern im speziellen die zentrale Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines geordneten Geld- und Finanzwesens.

Die geringe Verschuldungsneigung der privaten Hände in Konjunkturabschwungszeiten ist bekannt. Durch steigende Geldkapitalbildung ist aber die Notwendigkeit gegeben, den Geldkreislauf durch Ausleihungen überhaupt funktionsfähig zu erhalten.

Mit anderen Worten:

Objektiv ^{gesehen} gesehen war die Schuldaufnahme des Bundes richtig, in der besonderen Situation der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendig.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich an dieser Stelle einige Überlegungen zum Staatskredit im allgemeinen und zur österreichischen Situation im besonderen anstelle:

Wirtschaftspolitik und daher Gesellschaftspolitik erfordert Gesamtstabilität.

Die Zielgröße Gesamtstabilität umfaßt neben den selbstverständlichen Bemühungen, eine geringstmögliche Inflation zu erreichen, auch die Bemühungen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung - also zur

angestrebten Geldwertstabilität tritt die Stabilität des Beschäftigungsniveaus.

Dazu gehört aber selbstverständlich auch das Bemühen, stets ein ausreichendes reales Wirtschaftswachstum zu erreichen - Wachstumssicherung wäre dieses dritte Element der Gesamtstabilität, zu der ich last but not least die Aufrechterhaltung eines ruhigen und geordneten Klimas zwischen den sozialen Kräften im Staat zählen würde. Eine gesunde Wirtschaft und ein ruhiges, geordnetes soziales Klima bedingen einander.

Dies setzt eine gesunde Wirtschaft voraus, wie es umgekehrt keine ordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse ohne ein gesundes Klima zwischen den sozialen Kräften im Staat gibt.

In diesem Gebäude wirtschaftspolitischer Zielsetzungen hat der Staatskredit seinen festen Platz, ja es wäre die Verwirklichung der wichtigsten Zielsetzungen ohne ihn gar nicht denkbar.

Zu den vordringlichsten und heute sicherlich als klassisch zu bezeichnenden Aufgaben der Budgetpolitik und damit des Staatskredits

gehört der Ausgleich der konjunkturellen Schwankungen. In den zurückliegenden 2 Jahren wurde die Hauptlast der Rezessionsbekämpfung von den öffentlichen Finanzen durch die Politik des Deficit-Spending getragen.

Der Darstellung dient folgende Aufstellung.

Die Schrumpfung des realen Bruttonationalprodukts hat sich im Jahr 1975 mit 2 % unter dem europäischen Durchschnitt bewegt und die Arbeitslosenrate hat im Durchschnitt des vergangenen Jahres 2 % betragen.

Auch ein Blick in die etwas zurückliegende Vergangenheit zeigt die jeweils antizyklische Gestaltung des Zentralbudgets; die anderen Gebietskörperschaften verhielten sich parallel zum Konjunkturzyklus oder gar prozyklisch, wie eine Untersuchung von Professor Novotny unlängst klar feststellte.

So wurde die Finanzschuld, gemessen am verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen, in den Jahren der Hochkonjunktur verringert

und zwar von 13,6 % im Jahr 1968 auf 10 % im Jahr 1974. Der Anteil der Auslandsschuld wurde von fast 30 % auf 16 % zurückgeführt, wodurch diesen Jahren der österreichischen Wirtschaft Liquidität entzogen und die Konjunktorentwicklung stabilisiert werden konnte.

Österreich gehörte im Zeitraum 1970 - 1975 zu den drei Ländern mit den besten Ergebnissen in der Verbraucherpreisentwicklung. Vor uns lagen nur die USA und die Bundesrepublik Deutschland.

Die derzeit etwas unterschiedliche Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß in Österreich bereits die Mehrwertsteuererhöhung stattgefunden hat, die in der Bundesrepublik Deutschland noch bevorsteht. In der Schweiz wird mit der Einführung der Mehrwertsteuer sogar mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rd. 25 Mrd S gerechnet.

Mit dem Obergreifen der weltweiten Rezession auf Österreich ist im Jahr 1975 der Kreditfinanzierungsbedarf für Abwehrmaßnahmen sprunghaft angestiegen, nachdem bereits Mitte 1974 früher als anderswo, zusätzliche konjunkturstützende Ausgaben für die Bau-Waggon und Fahrzeugindustrie getätigt wurden. Selbst als zu Beginn des heurigen Jahres die konjunkturelle Erholung noch keineswegs auf sicheren Beinen stand,

wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bewußt durch zusätzliche öffentliche Ausgaben gestützt.

Untersucht man die Relation Finanzschuld - Budgetvolumen, so zeigt auch hier das Ergebnis zumindest der letzten 10 Jahre eine klare antizyklische Tendenz.

Machte die gesamte Bundesschuld im Jahr 1966 rd. 40 % des Budgetvolumens aus, so ist dieser Anteil in der Flaute 1968 auf über 46 % angestiegen. Bis zum Jahr 1974 sank der Prozentsatz kontinuierlich auf 36,7 %; 1975 stieg er rapid auf 51 % an, um 1976 bis rd. 61 % zu stehen.

In den Industriegesellschaften, dies insbesondere nach den tiefgreifenden Umwälzungen durch Rohstoffpreisexplosion und Ölschock, muß die Strukturpolitik immer mehr in das Zentrum der wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung rücken.

Auf den Staatskredit bezogen erhebt sich damit die Frage, ob sich seine Funktion auf die Rezessionsbekämpfung zu beschränken hat oder ob ihm mit den langfristig gestellten Aufgaben auch eine langfristige Funktion, also eine strukturpolitische Funktion zukommt.

Ich möchte mich eindeutig und ausdrücklich dazu bekennen, daß der Staatshaushalt und mit ihm der Staatskredit in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine Funktion zu erfüllen hat, die weit über die Konjunkturstützung in der Rezession hinausgeht.

Es ist unbestritten, den Staatskredit zur Beseitigung konjunktureller Ungleichgewichte einzusetzen. Ebenso selbstverständlich, je unausweichlich erscheint es mir, den Staatskredit dann einzusetzen, wenn in der Volkswirtschaft strukturelle Ungleichgewichte gegeben sind.

Bei allen Überlegungen im Bezug auf den öffentlichen Kredit stellt sich natürlich die Frage nach seinen Grenzen.

Um die Antwort gleich vorwegzunehmen:

Es gibt keine objektiven Grenzen der Staatsverschuldung. Der Wirtschaftspolitiker muß aber, und darauf lege ich besonderen Wert, dieses Instrument im Zweifel restriktiv handhaben.

Es liegt auf der Hand, daß politisch die Grenzen der Staatsverschuldung viel früher erreicht sind als nach kreislauftheoretische Überlegungen.

Neben der Überlegung, ob öffentlicher Kredit nur im Inland, auch im Ausland und in welchem Ausmaß aufgenommen werden soll, sind (Verteilungs)Effekte zu berücksichtigen, die durch den Kapitaldienst, insbesondere durch den Zinsaufwand eintreten.

Des weiteren ist zu bedenken, daß eben durch politische-faktische Grenzen der öffentlichen Verschuldung nach Zeiten vermehrter öffentlicher Kreditaufnahmen Perioden folgen müssen, in denen der relative Anteil der geborgten Gelder aus gesamtwirtschaftlichen Güter- und Leistungsvolumen zurückgehen muß.

Österreich befindet sich derzeit, nach Überwindung der schwersten Rezession seit den Dreißigerjahren, in einer Phase, in welcher die Zuwachsraten der Neuverschuldung bereits stark rückläufig sind, d.h. auf Sicht also der Anteil an kreditfinanzierten Ausgaben zugunsten der selbstfinanzierten Ausgaben zurückgeht.

Meine Damen und Herren,

zum Thema der diesjährigen Betriebswirtschaftlichen Woche - "Substanzbildung und Erhaltung " möchte ich folgendes feststellen:

Zur Bildung von Eigenkapital trägt in Österreich in einem hohen Maße die Selbstfinanzierung bei. Unter den Komponenten für die Selbstfinanzierung spielen in Österreich aufgrund der steuerlichen Investitionsbegünstigung die Möglichkeiten bei den Abschreibungen die dominierende Rolle. Hinsichtlich ihrer Höhe finden sich in Europa keine vergleichbaren Werte.

Durch diese Abschreibungsmöglichkeiten ist es gelungen, die österreichische Bruttoinvestitionsquote in den Jahren 1970 bis 1974 jeweils mit 30 Prozent gemessen am Bruttonationalprodukt zu halten und damit die Werte der Deutschen Bundesrepublik deutlich zu übertreffen. Auch im Krisenjahr 1975 blieb die Investitionsquote in Österreich mit 27 Prozent deutlich über dem Wert der Bundesrepublik Deutschland mit 21 Prozent.

Zur Belebung der Investitionstätigkeit in Österreich wurde in den letzten Jahren ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung gestellt:

- o Durch den Investitionsfreibetrag nach § 10 des EStG 1972 erfolgt eine Verstärkung des Eigenkapitals.
- o Die Vorzeitige Abschreibung (§§ 8, 122 EStG 1972) bedeutet einen kräftigen Steuerstundungseffekt, der zur Stärkung der Eigenkapitalbasis beiträgt. Die Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung schafft gleichzeitig stille Reserven, die in Österreich einen hohen Anteil an "unsichtbarem Eigenkapital" darstellen.
- o Durch die zeitlich befristete vorzeitige Abschreibung für die in den Kalenderjahren 1976 und 1977 anfallenden Herstellungskosten unbeweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Diese im Frühjahr getroffene Maßnahme brachte nicht nur wichtige Impulse für die Bauwirtschaft, sondern dies ergibt auch einen Steuerstundungseffekt in einem Ausmaß, das für unbewegliche Investitionen bisher nicht möglich war.
- o Durch die Rücklage vom nichtentnommenen Gewinn (§ 11 EStG 1972) erfolgt eine Stärkung der betrieblichen

Eigenkapitalbasis durch Begünstigung der im Betrieb belassenen und nichtentnommenen Gewinnteile.

- o Durch eine Investitionsrücklage (§ 9 EStG 1972) erfolgt eine Vorwegnahme der Investitionsbegünstigungen der vorzeitigen AfA bzw. des Investitionsfreibetrags.
- o Durch Erweiterung der begünstigten vorzeitigen Abschreibung des § 8 Abs. 4 EStG 1972 durch eine am 20. dieses Monats verabschiedete Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuergesetz verändert wird, für Anlagen der Kraft-Wärme-Kupplung oder auf Anlagen, die elektrische Energien überwiegend aus der Verbrennung eigenbetrieblich anfallender Abfallstoffe erzeugen.

Durch den § 8 des Strukturverbesserungsgesetzes wird eine Aufwertungsbegünstigung in einem Ausmaße gewährt, die eigentlich einer Schillingeröffnungsbilanz gleichkommt.

Die weiteren Quellen der Eigenkapitalbildung spielen in Österreich nur eine untergeordnete Rolle. Die Möglichkeiten der

Abschreibung, die für den Staat einen erheblichen Verzicht auf Einnahmen bedeuten, dürften in den Jahren seit 1970 den steilen Expansionspfad der österreichischen Wirtschaft zu großem Teil begünstigt haben, wie auch bei der Überwindung des Konjunkturrückschlags 1975.

Pauschale Teilwertabschreibungen fördern außerdem die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen auf den Auslandsmärkten. Eine Regierungsvorlage vom 20. d.M. sieht außerdem die Förderung der Exportwirtschaft nach § 123 EStG 1972 für die Jahre 1977 bis 1979 durch Verlängerung sowie gleichzeitiger Anhebung des Wertberichtigungssatzes von bisher 10 auf 15 Prozent vor.

Durch den Ausbau der Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren erfolgte weiters eine Stärkung der Betriebe und eine Unterstützung bei ihren Bemühungen zur Umstrukturierung. Im Bundesvoranschlag 1977 sind schwerpunktmäßig die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs und des Bergbaues sowie bei der Förderung der Exporte vorgesehen. Für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe Österreichs, wurden im Jahr 1977 Mittel in der Höhe von 148 Mio S zur Verfügung gestellt. Gegenüber dem Voranschlag 1976 bedeutet dies eine Verbesserung um 42 Mio S.

Eine neu ins Leben gerufene Kreditaktion stellt für jene Personen günstige Finanzierungsmittel zur Verfügung, die sich durch die Neugründung eines Betriebes eine selbständige Existenz aufbauen wollen.

Diese Politik, meine Damen und Herren, werden wir auch in Zukunft fortsetzen, sowie wir die Politik des harten Außenschillings und der Stabilität fortsetzen werden, weil es uns darum geht, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu halten und zu festigen. Primäres Anliegen bleibt aber die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Formel für die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre lautet daher:

Wachstum durch Stabilität und Vollbeschäftigung
durch Wachstum.

Während der Jahre 1974 - 1976 liegt die österreichische Trendwachstumsrate um 1/2 %-Punkt über jener der OECD-Staaten, die Arbeitslosenrate ist weniger als halb so hoch und der durchschnittliche Preisanstieg liegt um 3 %-Punkte darunter.

Meine Damen und Herren!

Die Weltrezession ist überwunden. Was wir derzeit erleben, ist eine Phase wirtschaftlicher Erholung. Allerdings müssen wir auch feststellen, daß die Intensität der Erhöhung sehr unterschiedlich und noch immer von großen Unsicherheiten begleitet ist.

Ein Blick auf die internationale Situation zeigt, daß - drei Jahre nach der Ölkrise, ein Jahr nach dem schweren Konjunkturrückschlag - in allen westlichen Industriestaaten vehement Maßnahmen gesetzt werden, um die rezessionsbedingten Hypotheken wieder abzubauen. Die Erfolgchancen zu beurteilen ist sehr schwierig, jedenfalls ist aber bei der Einschätzung der künftigen Entwicklung äußerste Vorsicht geboten.

In der Schweiz spricht man derzeit nur von einem bescheidenen und zögernden Konjunkturaufschwung, vor allem zweifelt man an seiner